

Zu viel geheim

Polizei Die Regierung verstecke sich hinter falscher Geheimhaltung, so Willi Vollenweider (parteilos, Zug). Auskunft zur Ausrüstung der Polizei hatte Jolanda Spiess (Piraten, Zug) verlangt. Auskünfte zu Modellen, Bewaffnung und Beständen gäbe es nicht, da Sicherheit und Effektivität des polizeilichen Handelns laut Regierung gefährdet wären. Geheim wären nach Vollenweider nur die Bestände. Danach werde gefragt, es gehe der Interpellantin um die Waffenarten. (red.)

Unsensibel und respektlos sei die Regierung vorgegangen, als sie die «Passion Christi» des Schweizer Malers Fritz Pauli in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals übertünchen liess (Ausgaben von 2. Juni und 19. Oktober). Dafür musste die Regierung – allen voran Baudirektor Urs

Dem Regierungsrat die Leviten gelesen

Zug Das Übermalen religiöser Bilder im alten Kantonsspital hat Enärüstung ausgelöst. Dahinter stand laut Regierung kein Angriff auf christliche Werte. Das Parlament reagiert ungnädig.

Hürlimann (FDP) – gestern heftige Kritik aus dem Kantonsparlament einstecken. Die regierungsrätlichen Antworten auf die Interpellation der Stadtzuger Kantonsräte Richard Rüegg (CVP) und Daniel Stadlin (GLP) seien unbefriedigend, weil «völlig inhaltsleer», so Interpellant Stadlin.

In der ehemaligen Spitalkapelle des alten Kantonsspitals ist heute ein Ruheraum für Asylbewerber eingerichtet, die auf dem Areal untergebracht sind. Das Areal an der Zuger Artherstrasse gehört dem Kanton.

Es sei ihnen von Anfang an klar gewesen, dass die Spitalkapelle nicht unter Schutz stehe. Auf diesen Umstand habe man in der Interpellation auch hingewiesen. «Diesem Aspekt die Hälfte des Antworttextes zu widmen, wäre grundsätzlich in Ordnung», so Stadlin. Falls denn darauf auch

klärende Antworten auf die weiteren gestellten Fragen erhältlich gewesen wären.

«Der Regierung fehlt der Mut»

Besonders auf die letzte Frage, wie sich die Regierung grundsätzlich dazu stelle, christliche Symbole zu Gunsten fremder Kulturen zu entfernen, hätten die Interpellanten eine klare Antwort erwartet. Diese Frage stelle sich gar nicht, weil weder Bilder noch ehemalige Kapelle unter Schutz stünden, die Gebäude eh in den kommenden Jahren abgerissen würden, so die Antwort. «Offenbar fehlte der Regierung der Mut zu sagen: Das war ein Fehler und hätte so nicht passieren dürfen», sagte Stadlin. Stattdessen flüchte sich der Regierungsrat in Erklärungsversuche. So soll die Beleuchtungssituation zu düster gewesen sein und sei nur durch das

Übertünchen der Pauli-Bilder mit weisser Farbe kostengünstig zu lösen gewesen sein. Die Bilder hätte man auch mit weissen Tüchern abdecken können, was kostengünstig und überdies reversibel gewesen wäre. «Mit der vollflächigen Übermalung der Wandbilder wurden letztlich nichts anderes als christliche Werte auf radikale Weise entfernt – wie beim Bildersturm im 16. Jahrhundert», so Stadlin.

«Alle im Rat wissen, was die Kernfrage der Interpellanten war», sagte Kantonsrat Richard Rüegg. Diese sei unmissverständlich und könne ebenso beantwortet werden, ob die Bilder nun überstrichen seien oder nicht. Für ihn sei klar: «Die Zerstörung der Bilder ist ein weiteres Kapitel der schleichenden Ausmerzungen eigener Traditionen und Werte.»

Und für SVP-Sprecher Markus Hürlimann (Baar) stand nicht

der Erhalt der Werke im Vordergrund: «Das Übertünchen der Leidensgeschichte Christi in einem Asylantenheim mit Andersgläubigen zeigt exemplarisch auf, wie man mit unserer Kultur umzugehen gedenkt.»

Anastas Odermatt (Alternative-die Grünen, Steinhausen) erklärte, das Vorgehen der Regierung sei unsensibel, ebenso wie die Fragen der Interpellanten. Diese wirkten so, als ob Asylbewerber christliche Symbole unzumutbar wären. «Es ging uns niemals darum, christliche Symbole zu entfernen, weil man diese Asylsuchenden nicht zumuten könnte», erklärte Baudirektor Urs Hürlimann. Den Verantwortlichen sei nicht bewusst gewesen, dass das Übermalen als Entfernung christlicher Symbole gedeutet werden könnte. «Es war nie unsere Absicht, einen solchen Sturm auszulösen.» (haz.)

ANZEIGE

«Gemeinsam haushalten»

FDP
Die Liberalen

CVP

glp

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP

ZUGER
WIRTSCHAFTSKAMMER

BDS

HEV
Zugerland

Gewerbeverband
Kanton Zug

www.zugkunft.ch

JA
zum Entlastungsprogramm

zugkunft